

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 03 | 22.01.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Andreas Janko

Staats- und Verwaltungsorganisation

Das in 2. Auflage neu erschienene Studienbuch „Staats- und Verwaltungsorganisation“ von Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach „Verfassungsrecht“ als auch aus dem Fach „Verwaltungsrecht“.

ISBN 978-3-902883-45-2, 2. Auflage, XI und 151 Seiten, Harteinband, 30 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 22/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz** geändert wird (Dokumentation und Erfassung der Durchimpfungsrate; Eintragung in das elektronische Impfregeister [Elektronischer Impfpass]; Adaptierung der bereits bestehenden Softwaresysteme)

[BGBl I 23/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Epidemiegesetz 1950** und das **COVID-19-Maßnahmengesetz** geändert werden (Erbringung der Auflage für das Betreten durch einen Nachweis über ein negatives Testergebnis auf SARS-CoV-2 oder eine Bestätigung über eine in den letzten drei Monaten erfolgte und aktuell abgelaufene Infektion; Geltung auch für privat veranlasste Tests, Betriebstestungen etc; Erlangung eines negativen Testergebnisses soll auch im Zuge von Testungen unmittelbar vor dem Betreten einer Betriebsstätte, eines Arbeitsorts oder eines bestimmten Orts ermöglicht werden)

[BGBl I 24/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **COVID-19-Zweckzuschussgesetz** geändert wird (Ausdehnung des zeitlichen Anwendungsbereichs der Zweckzuschüsse an die Länder bis Juni 2021; Zweckzuschüsse beziehen sich auf Schutzausrüstung, die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450, Barackenspitäler und den administrativen Aufwand iZm Testungen; Bedeckung der Mehrkosten von insgesamt EUR 75 Millionen aus dem COVID-19 Krisenfonds des BM für Finanzen)

[BGBl II 19/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2020/21 (**COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21**) geändert wird

[BGBl II 20/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu bestimmten Nachbarstaaten** geändert wird

[BGBl II 21/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Übertragung der Durchführung von Maßnahmen gemäß dem Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut, [BGBl. I Nr. 135/2020](#)) an den Landeshauptmann (**Übertragungsverordnung – COVID-19-Unterstützung-Armut 2021**)

[BGBl II 22/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung des Haftungsrahmens zur Bewältigung der Krisensituation aufgrund von COVID-19 für das Garantiesgesetz 1977 (**Garantiesgesetz 1977 COVID-19-HaftungsrahmenV**) geändert wird

[BGBl II 23/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung des Haftungsrahmens zur Bewältigung der Krisensituation aufgrund von COVID-19 für das KMU-Förderungsgesetz (**KMU-Förderungsgesetz COVID-19-HaftungsrahmenV**) geändert wird

[BGBl II 24/2021](#)

Kundmachung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über den **Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 10. Dezember 2020**, dass § 5 Abs. 1 in Verbindung mit Anlage B, Z 4.2 sowie § 7 Abs. 3, 4 und 6 der Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 (C-SchVO), [BGBl. II Nr. 208/2020](#), gesetzwidrig war.

[BGBl II 25/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Semesterferien des Schuljahres 2020/21 (**Semesterferienverordnung 2021 – C-SeVO 2021**)

[BGBl II 27/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (**3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 15 v 18.01.2021, 1](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2021/31 der Kommission vom 13. Januar 2021 zur Festlegung der Vorschriften für die Anwendung der Verordnung (EU) 2018/1862 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der **Mindestqualitätsstandards für Daten** und der technischen Spezifikationen für die Eingabe von **Lichtbildern, DNA-Profilen und daktyloskopischen Daten** in das Schengener Informationssystem (SIS) im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/1345 der Kommission

[ABI L 15 v 18.01.2021, 11](#)

Beschluss Nr 2/2020 des Gemischten Luftverkehrsausschusses Europäische Union/Schweiz, der durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den **Luftverkehr** eingesetzt wurde, vom 3. Dezember 2020 zur Ersetzung des Anhangs des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** über den Luftverkehr

[ABI L 19 v 21.01.2021, 1](#)

Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich **Dänemark** über die **Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke** in Zivil- oder Handelssachen

[ABI L 22 v 22.01.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/23 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über einen Rahmen für die **Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien** und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 1095/2010, (EU) Nr 648/2012, (EU) Nr 600/2014, (EU) Nr 806/2014 und (EU) 2015/2365 sowie der Richtlinien 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2007/36/EG, 2014/59/EU und (EU) 2017/1132

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

07.10.2020, [E 1524/2020 ua](#)

AsyIG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status subsidiär Schutzberechtigter betreffend eine Familie irakischer Staatsangehöriger; keine hinreichende Auseinandersetzung mit der Situation Minderjähriger im Herkunftsstaat sowie der medizinischen Versorgung eines kranken Kindes

24.11.2020, [E2929/2020 ua](#)

AsyIG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status subsidiär Schutzberechtigter betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Iraks mangels Überprüfbarkeit der Aktualität und Nachvollziehbarkeit der Länderfeststellungen

24.11.2020, [E 3373/2020](#)

AsyIG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status subsidiär Schutzberechtigter betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit der spezifischen Situation der Familie mit zwei Kleinkindern

27.12.2020, [V 10/2019](#)

Tir RaumordnungsG; Aufhebung eines aus dem Jahr 2000 stammenden allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplans einer Tir Gemeinde mangels der nach dem Tir RaumordnungsG gesetzlich vorgeschriebenen Festlegungen über die Bauhöhe von Gebäuden und Mindestbaudichten

11.12.2020, [E 2576/2020](#)

AsyIG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten betreffend einen Staatsangehörigen von Somalia; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage in Herkunftsstaat und -region sowie der Rückkehrsituation samt allfälliger Unterstützungsmöglichkeiten

18.01.2020, [UA 4/2020](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Feststellung der Gesetzeswidrigkeit des angefochtenen Beschlusses des Ibiza-Untersuchungsausschusses; die Mehrheit der Mitglieder des U-Ausschusses ist verpflichtet, die Ableh-

nung eines Ladungsverlangens substantiiert und nachvollziehbar zu begründen; dieser Begründungspflicht wurde nicht nachgekommen; aus dem Abstimmungsvorgang bzw dem Beschluss des U-Ausschusses ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen die Mehrheit einen sachlichen Zusammenhang der verlangten Ladung von Eva Glawischnig mit dem Gegenstand des U-Ausschusses verneint; mit dieser Feststellung der Rechtswidrigkeit der Beschlusses wird das Verlangen auf Ladung von Eva Glawischnig wirksam (§ 29 Abs 4 der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.11.2020; [Ra 2020/01/0239](#)

StaatsbürgerschaftsG; bei § 10 Abs 6 StaatsbürgerschaftsG handelt es sich nur um eine von mehreren Möglichkeiten zur **Erlangung ein und derselben Staatsbürgerschaft** (vgl insoweit zu allem zu § 10 Abs 4 StaatsbürgerschaftsG idF vor der Staatsbürgerschaftsgesetznovelle 1998, BGBl I Nr. 124, VwGH 3.5.2000, 98/01/0136); die Landesregierung kann (als gem § 39 leg cit zuständige Verleihungsbehörde) trotz Vorliegens einer Bestätigung der Bundesregierung nach § 10 Abs 6 leg cit zu einer Abweisung des Verleihungsansuchens gelangen (vgl zu § 10 Abs 4 StaatsbürgerschaftsG idF vor der Staatsbürgerschaftsgesetznovelle 1998, BGBl I Nr. 124, VwGH 17.4.1991, 91/01/0022); für die Verleihung der Staatsbürgerschaft gem § 10 Abs 6 leg cit ist somit **die jeweilige Landesregierung als Behörde** gemäß § 39 leg cit örtlich und sachlich zuständig

02.12.2020; [Ra 2020/02/0227](#)

Wr WettenG; wie sich aus § 2 WettenG ergibt, ist zwischen der Tätigkeit als Buchmacher und als Vermittler zu unterscheiden, mögen auch beide **Tätigkeiten eines Wettunternehmers** sein

02.12.2020; [Ra 2020/02/0194](#)

VStG; **Wr WettenG**; nach § 24 Abs 2 Wr WettenG kann der **Verfall** (auch) unabhängig von der Bestrafung nach Abs 1 leg cit ausgesprochen werden, somit – als selbständiger Verfall – auch dann, wenn eine Bestrafung nicht erfolgt; dies ändert aber nichts daran, dass der **Verfall als Sanktion für die Übertretung** von Bestimmungen des Wr WettenG festgelegt ist („die entgegen diesem Landesgesetz aufgestellt, betrieben oder verwendet werden“) und damit eine Folge der strafbaren Handlung darstellt; damit kann aber beim Verfall nach § 24 Abs 2 leg cit nicht von einer bloßen Sicherungsmaßnahme ohne Strafcharakter gesprochen werden; das VwG hat das Verwaltungsstrafverfahren gegen die Beschuldigte wegen Übertretungen des Wr WettenG gem § 45 Abs 1 Z 2 VStG eingestellt; fehlt es aber an einer Verwaltungsübertretung, kann nach der dargestellten Rechtslage auch der Verfallsausspruch keinen rechtlichen Bestand (mehr) haben

07.12.2020; [Ra 2019/21/0163](#)

AVG; **VwGVG**; eine **Bescheidbeschwerde nach Art 130 Abs 1 Z 1 B-VG** ist gem § 12 VwGVG bei der Behörde und nicht direkt beim VwG einzubringen; eine **Weiterleitung an die Behörde** als richtige Einbringungsstelle **ist** gem § 17 VwGVG iVm § 6 AVG möglich und geboten; dazu bedarf es einer entsprechenden ausdrücklichen verfahrensleitenden Anordnung iSd. § 31 Abs 2 und 3 letzter Satz VwGVG; eine bloße Übermittlung durch eine Kanzleikraft zwecks Aktenanforderung und Einholung einer Stellungnahme reicht dafür nicht aus; es lag daher dem VwG keine wirksam eingebrachte Beschwerde vor; eine Maßnahmenbeschwerde wäre zwar gem § 12 2. Satz VwGVG direkt beim VwG einzubringen; eine solche wurde nach dem eindeutigen Wortlaut des Schriftsatzes aber nicht erhoben (und wäre auch unzulässig, soweit sich die Haft auf eine wirksam erlassene Vollstreckungsverfügung gestützt hat – vgl VwGH 22.8.2019, Ra 2018/21/0188); dem VwG kam daher weder hinsichtlich einer Bescheidbeschwerde noch hinsichtlich einer Maßnahmenbeschwerde eine Entscheidungskompetenz zu

14.12.2020; [Ra 2019/02/0232](#)

KraftfahrG; **VStG**; die Strafsanktionsnorm des § 134 Abs 1b KraftfahrG ordnet **unterschiedlich hohe Mindeststrafen nach der Schwere des Verstoßes an**; die im angefochtenen Erkenntnis enthaltene **bloße Wiedergabe der verletzten Verwaltungsvorschriften** reicht dafür nicht aus, weil der für die Kategorisierung der Schwere der Verstöße maßgebliche Anhang III der RL 2006/22/EG, idF VO (EU) 2016/403, nicht nur **auf die Erfüllung bestimmter Artikel der VO (EG) Nr. 561/2006** abstellt, sondern auch auf die Dauer der Über- oder Unterschreitung von Lenk- und Ruhezeiten; es wäre daher auch zur Bestimmung der Strafuntergrenze nach § 134 Abs 1b KraftfahrG erforderlichlich gewesen, die der Strafbemessung zu Grunde liegenden Taten so präzise festzustellen, dass sie nach den Merkmalen des zitierten Anhangs III überprüft werden können

14.12.2020; [Ra 2019/02/0225](#)

VwGVG; VwGG; wies das VwG die Beschwerden mit **Erkenntnis als unbegründet ab**, kommt ein **Absehen** nach § 44 Abs 2 und 4 VwGVG **nicht in Betracht**

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Vbg 05.01.2021, [LVwG-460-5/2018-R11](#)

Satzung der Versorgungseinrichtung Teil A der Vbg Rechtsanwaltskammer; ABGB; das Recht, eine ausbezahlte Altersrente zurückzufordern, unterliegt der **Verjährung**; die Rückforderung muss innerhalb von drei Jahren geltend gemacht werden, gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem die belangte Behörde objektiv erkennen konnte, dass die **Altersrente** trotz Ruhens des Anspruchs ausbezahlt wurde

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[20.01.2021, Rs C-255/19, Secretary of State for the Home Department](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2004/83/EG – Mindestnormen für die **Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft** oder des subsidiären Schutzstatus – Flüchtlingseigenschaft – Art 2 Buchst c – Erlöschen der Flüchtlingseigenschaft – Art 11 – **Veränderung der Umstände** – Art 11 Abs 1 Buchst e – Möglichkeit, den **Schutz des Herkunftslands** in Anspruch zu nehmen – Beurteilungskriterien – Art 7 Abs 2 – Finanzielle und soziale Unterstützung – Unbeachtlich

[20.01.2021, Rs C-288/19, Finanzamt Saarbrücken](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuern – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c – Erbringung von Dienstleistungen gegen Entgelt – Art 26 Abs 1 – Dienstleistungen gegen Entgelt gleichgestellte Umsätze – Art 56 Abs 2 – **Bestimmung des steuerlichen Anknüpfungspunkts** – Vermietung von Beförderungsmitteln – **Überlassung von Fahrzeugen** an Arbeitnehmer

[20.01.2021, Rs C-301/19 P, Kommission/Printeos](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Beschluss, mit dem eine **Zuwerhandlung gegen Art 101 AEUV** festgestellt wird – Geldbußen – Nichtigerklärung – Erstattung des Hauptbetrags der Geldbuße – Art 266 AEUV – **Verzugszinsen** – Unterscheidung zwischen Verzugszinsen und Ausgleichszinsen – **Berechnung der Zinsen** – Art 90 Abs 4 Buchst a Satz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr 1268/2012

[20.01.2021, Rs C-420/19, Heavyinstall](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2010/24/EU – Art 16 – Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen – **Amtshilfe** – Ersuchen um Sicherungsmaßnahmen – Richterliche Feststellung des ersuchenden Mitgliedstaats für die Zwecke der **Durchführung von Sicherungsmaßnahmen** – Zuständigkeit des Gerichts des ersuchten Mitgliedstaats für eine Prüfung und Neubewertung der Rechtfertigung dieser Maßnahmen – **Grundsätze des gegenseitigen Vertrauens** und der gegenseitigen Anerkennung

[20.01.2021, Rs C-484/19, Lexel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Körperschaftsteuer – **Besteuerung verbundener Unternehmen** – Nationale Steuerregelung, die einer Gesellschaft mit Sitz in einem Mitgliedstaat den Abzug der an eine in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene, zu derselben Gruppe von Gesellschaften gehörende Gesellschaft gezahlten Zinsen verbietet, wenn ein **erheblicher Steuervorteil** erzielt wird

[20.01.2021, Rs C-619/19, Land Baden-Württemberg \(Communications internes\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Übereinkommen von Aarhus – Richtlinie 2003/4/EG – **Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen** – Infrastrukturbauprojekt ‚Stuttgart 21‘ – Ablehnung eines Antrags auf Umweltinformationen – Art 4 Abs 1 – Ablehnungsgründe – **Begriff ‚interne Mitteilungen‘** – Tragweite – Zeitliche Begrenzung des Schutzes interner Mitteilungen

[20.01.2021, Rs C-655/19, AJFP Sibiu und DGRFP Braşov](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 – Art 9 – Begriffe ‚**wirtschaftliche Tätigkeit**‘ und ‚**Steuerpflichtiger**‘ – Umsätze, die auf die nachhaltige Erzielung von Einnahmen aus einem Gegenstand gerichtet sind – Erwerb von Immobilien durch einen Gläubiger in einem zur **Beitreibung grundpfandrechtlich gesicherter Darlehen** eingeleiteten Zwangsvollstreckungsverfahren und Verkauf dieser Immobilien – Bloße Ausübung des Eigentumsrechts durch seinen Inhaber

[21.01.2021, Rs C-471/18 P, Deutschland/Esso Raffinage](#)

Rechtsmittel – Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (REACH) – Art 5 und 6 – Allgemeine Pflicht zur **Registrierung chemischer Stoffe** – Art 41 und 42 – Bewertung der Registrierungsdossiers und Prüfung der von den Registranten übermittelten Informationen auf **Erfüllung der Anforderungen** – Feststellung der Nichterfüllung der Anforderungen – Anfechtbare Handlung – Rechtsschutzinteresse – Klagebefugnis – Jeweilige **Befugnisse der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA)** und der nationalen Behörden – Verpflichtung der ECHA, von den Registranten auf ihre Aufforderung hin nachgereichte Informationen auf Erfüllung der Anforderungen zu überprüfen – Befugnis der ECHA, insoweit eine geeignete Entscheidung zu erlassen – Art 1 – Ziel des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt – Art 13 und 25 – Durchführung von Tierversuchen – Förderung alternativer Methoden

[21.01.2021, Rs C-761/18 P, Leino-Sandberg/Parlament](#)

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten der Unionsorgane** – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 10 – Verweigerung des Zugangs – Klage beim Gericht der Europäischen Union gegen einen Beschluss des Europäischen Parlaments, mit dem der Zugang zu einem Dokument verweigert wurde – Verbreitung eines mit **Anmerkungen versehenen Dokuments** durch einen Dritten nach Erhebung der Klage – Vom Gericht festgestellte Erledigung der Hauptsache aufgrund des Wegfalls des Rechtschutzinteresses – Rechtsfehler

[21.01.2021, Rs C-308/19, Whiteland Import Export](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Von der nationalen Wettbewerbsbehörde verhängte Sanktionen – Verjährungsfrist – **Verjährungsunterbrechende Handlungen** – Nationale Regelung, mit der nach der Einleitung einer Untersuchung die Möglichkeit ausgeschlossen wird, dass eine spätere **Verfolgungs- oder Ermittlungshandlung** die neue Verjährung unterbrechen könnte – Grundsatz der unionsrechtskonformen Auslegung – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 25 Abs 3 – Anwendungsbereich – Art 4 Abs 3 EUV – Art 101 AEUV – Grundsatz der Effektivität

[21.01.2021, Rs C-501/19, UCMR - ADA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c, Art 24 Abs 1 und Art 25 Buchst a – Steuerbare Umsätze – **Vergütungen** für die öffentliche **Wiedergabe von Musikwerken** – Art 28 – **Verwertungsgesellschaft für Urheberrechte** – Einziehung dieser Vergütungen beim Endnutzer in ihrem Namen und für Rechnung der Rechteinhaber

[21.01.2021, Rs C-843/19, INSS](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit – Richtlinie 79/7/EWG – Art 4 Abs 1 – Freiwilliger und **vorzeitiger Eintritt in den Ruhestand** – Vorzeitige Altersrente – Anspruch – Betrag der zu beziehenden Rente, der mindestens dem gesetzlichen Mindestbetrag entsprechen muss – Anteil der Beschäftigten jedes Geschlechts, die vom Vorruhestand ausgeschlossen sind – Rechtfertigung eines möglichen **besonderen Nachteils für weibliche Beschäftigte** – Sozialpolitische Ziele des betreffenden Mitgliedstaats

B. SCHLUSSANTRÄGE

[20.01.2021, Rs C-872/19 P, Venezuela/Rat \(GA Hogan\)](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Verordnung (EU) 2017/2063 – Art 2, 3, 6 und 7 – **Restriktive Maßnahmen** angesichts der Lage in Venezuela – **Nichtigkeitsklage eines Drittstaats** – Art 263 Abs 4 AEUV – Unmittelbare Betroffenheit – Gesichtspunkt zwingenden Rechts – Begriff ‚juristische Person‘ – Drittstaat – Unzulässigkeit

[20.01.2021, Rs C-928/19 P, EPSU/Kommission \(GA Pikamäe\)](#)

Rechtsmittel – Institutionelles Recht – Sozialpolitik – Art 154 und 155 AEUV – Dialog zwischen den Sozialpartnern auf Unionsebene – **Unterrichtung und Anhörung der Sozialpartner** – Vereinbarung der Sozialpartner – Unterrichtung und Anhörung der Beamten und Angestellten der zentralstaatlichen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten – **Weigerung der Kommission**, dem Rat einen Beschlussvorschlag zur Durchführung der Vereinbarung zu unterbreiten – Einstufung von Maßnahmen, die nach dem Durchführungsverfahren erlassen wurden – Ermessensspielraum der Kommission – **Grad der gerichtlichen Kontrolle** – Verpflichtung zur Begründung der ablehnenden Entscheidung

[21.01.2021, Rs C-50/19 P, Sigma Alimentos Exterior/Kommission \(GA Pitruzzella\)](#)

Rechtsmittel – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den **Geschäfts- oder Firmenwert**, der sich aus dem Erwerb von Beteiligungen an **im Ausland steuerpflichtigen Unternehmen** ergibt, abschreiben können – Begriff der staatlichen Beihilfe – Selektivität

[21.01.2021, verb Rs C-51/19 P u C-64/19 P, World Duty Free Group/Kommission \(GA Pitruzzella\)](#)

Rechtsmittel – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den **Geschäfts- oder Firmenwert**, der sich aus dem Erwerb von Beteiligungen an **im Ausland steuerpflichtigen Unternehmen** ergibt, abschreiben können – Begriff der staatlichen Beihilfe – Selektivität

[21.01.2021, Rs C-52/19 P, Banco Santander/Kommission \(GA Pitruzzella\)](#)

Rechtsmittel – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den **Geschäfts- oder Firmenwert**, der sich aus dem Erwerb von Beteiligungen an **im Ausland steuerpflichtigen Unternehmen** ergibt, abschreiben können – Begriff der staatlichen Beihilfe – Selektivität

[21.01.2021, verb Rs C-53/19 P u C-65/19 P, Banco Santander und Santusa/Kommission \(GA Pitruzzella\)](#)

Rechtsmittel – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den **Geschäfts- oder Firmenwert**, der sich aus dem Erwerb von Beteiligungen an **im Ausland steuerpflichtigen Unternehmen** ergibt, abschreiben können – Begriff der staatlichen Beihilfe – Selektivität

[21.01.2021, Rs C-54/19 P, Axa Mediterranean/Kommission \(GA Pitruzzella\)](#)

Rechtsmittel – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den **Geschäfts- oder Firmenwert**, der sich aus dem Erwerb von Beteiligungen an **im Ausland steuerpflichtigen Unternehmen** ergibt, abschreiben können – Begriff der staatlichen Beihilfe – Selektivität

[21.01.2021, Rs C-55/19 P, Prosegur Compañía de Seguridad/Kommission \(GA Pitruzzella\)](#)

Rechtsmittel – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den **Geschäfts- oder Firmenwert**, der sich aus dem Erwerb von Beteiligungen an **im Ausland steuerpflichtigen Unternehmen** ergibt, abschreiben können – Begriff der staatlichen Beihilfe – Selektivität

[21.01.2021, Rs C-279/19, Commissioners for Her Majesty's Revenue and Customs \(Agent innocent\) \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbrauchsteuer – Richtlinie 2008/118/EG – **Verbrauchssteuerschuldner** – Person, in deren Besitz sich die zur Lieferung vorgesehenen Waren befinden – An der Unregelmäßigkeit beteiligte Person – Begriff – **Beförderer der Waren** – Unschuldiger Ausführer

[21.01.2021, verb Rs C-721/19 u C-722/19, Sisal \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Niederlassungsfreiheit – Freier Dienstleistungsverkehr – Beschränkungen – Richtlinie 2014/23/EU – Art 3 und 43 – **Öffentliche Auftragsvergabe** – Verfahren zur Auswahl von Konzessionsnehmern – **Sofortlotterien** – Nationale Regelung, die die **Erneuerung einer Konzession** ohne Durchführung einer Ausschreibung anordnet – Änderung der Konzessionsbedingungen – Wesentliche Änderungen – Recht auf Zugang zum Nachprüfungsverfahren

[21.01.2021, Rs C-844/19, technoRent International ua \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 183 – **Erstattung des Vorsteuerüberschusses** – Verzinsung bei nachträglicher Erhöhung des Vorsteuerüberschusses oder nachträglicher Reduktion der Steuerschuld – **Fehlen nationaler Umsetzungsmaßnahmen** – Unmittelbare Anwendung einer Richtlinie – Analoge Anwendung einer nicht einschlägigen Richtlinie – Erstattungsrichtlinie (Richtlinie 2008/9/EG) – Art 27 – Unionsrechtskonforme Auslegung nationalen Rechts

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

19.01.2021, Beschwerde Nr [2145/16 ua](#), X u Y / Rumänien

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Ablehnung der Anträge der Bf (**Transgender**) auf **Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität** und Vornahme der administrativen Korrekturen; fehlender Nachweis einer geschlechtsangleichenden Operation als Begründung der Ablehnung; unmögliches Dilemma der Bf zwischen Recht auf Achtung ihrer körperlichen Unversehrtheit und Recht auf Achtung des Privatlebens; kein gerechter Ausgleich zwischen Allgemeininteresse und individuellen Interessen der betroffenen Personen; ungerechtfertigter Eingriff

21.01.2021, Beschwerde Nr [15367/14 ua](#), Shmorgunov ua / Ukraine

Mehrere Verletzungen von Art 3 EMRK (Verbot von Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung); **mehrfache Verletzungen von Art 5 Abs 1 und 3 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit), **mehrfache Verletzungen von Art 11 EMRK (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit)**, **Verletzung von Art 2 EMRK** (Recht auf Leben) und **Verletzung von Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Auflösung der Demonstranten, Festnahme, Entführung von Aktivisten, Misshandlung und Verfahren rund um die Maidan-Proteste in der Ukraine; absichtliche Misshandlung durch Behörden sowie Mord an einem Demonstranten; willkürliche Festnahmeanordnungen; bewusstes Stören der ursprünglich friedlichen Proteste mit exzessiver Gewalt und rechtswidrigen Inhaftierungen; Misshandlungen als Strategie der Behörde; unwirksame Untersuchung in vielen Fällen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.